

Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung (RVOV)

172.010.1

vom 25. November 1998 (Stand am 27. Januar 2004)

Der Schweizerische Bundesrat,
gestützt auf die Artikel 24, 43 und 47 des Regierungs- und
Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21 März 1997¹ (RVOG),
verordnet:

1. Kapitel: Der Bundesrat

Art. 1 Verhandlungen (Art. 13, 16 Abs. 1 und 4, 17 RVOG)

¹ Die Sitzungen des Bundesrates finden in der Regel einmal jede Woche statt.

² Geschäfte von wesentlicher Bedeutung oder von politischer Tragweite werden einzeln beraten und beschlossen. Geschäfte von weit reichender Bedeutung können im Rahmen von Klausuren behandelt werden.

³ Die übrigen Geschäfte können, wenn sie unbestritten sind, ohne Einzelberatung gesamthaft verabschiedet oder in einem schriftlichen Beschlussverfahren erledigt werden. Präsidialentscheide nach Artikel 26 Absatz 4 RVOG bleiben vorbehalten.²

⁴ Wenn es die Umstände erfordern und keine Zeit für die Durchführung einer Sitzung zur Verfügung steht, kann der Bundesrat auch einzelne Geschäfte nach Absatz 2 schriftlich oder mit anderen Mitteln verhandeln. Diese Beschlüsse sind denjenigen in den Sitzungen gleichgestellt. Präsidialentscheide nach Artikel 26 Absätze 1–3 RVOG bleiben vorbehalten.³

⁵ Die Beschlüsse werden für jedes Geschäft schriftlich festgehalten.

Art. 2 Geschäftsplanung (Art. 25 Abs. 2 Bst. a, 32 Bst. b und 33 RVOG)

¹ Mit der Geschäftsplanung wird sichergestellt, dass die Geschäfte im Bundesrat entsprechend ihrer Bedeutung und Dringlichkeit behandelt werden können.

AS 1999 1258

¹ SR 172.010

² Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

³ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

² Die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident legt mit der Bundeskanzlei und den Departementen die wichtigsten Geschäfte und Themenschwerpunkte für ein Quartal oder Semester fest.

Art. 3 Anträge, Aussprachen und Informationsnotizen

(Art. 14, 15, 17 RVOG)

¹ Der Bundesrat fasst seine Beschlüsse in der Regel gestützt auf schriftliche Anträge und nach abgeschlossenem Mitberichtsverfahren (Art. 5).

² Das Antragsrecht steht den Mitgliedern des Bundesrates sowie, für die Geschäfte der Bundeskanzlei, der Bundeskanzlerin oder dem Bundeskanzler zu.

³ Soweit das Bundesrecht andere Behörden oder Organe bezeichnet, die dem Bundesrat Geschäfte vorlegen oder Anträge unterbreiten können, geschieht dies über die Bundeskanzlei oder das Departement, das den engsten Sachbezug zum betreffenden Geschäft aufweist.

⁴ Der Bundesrat führt Aussprachen insbesondere zu Geschäften von weit reichender Bedeutung durch. Er trifft bei Bedarf Zwischenentscheide, legt Grundzüge einer Lösung fest und erteilt dem zuständigen Departement oder der Bundeskanzlei Anweisungen zur Bearbeitung des Geschäfts.

⁵ Die Departemente oder die Bundeskanzlei können dem Bundesrat jederzeit ohne formellen Antrag Informationsnotizen über wichtige Vorgänge und Tätigkeiten in ihrem Aufgabenbereich zuleiten.

Art. 4 Ämterkonsultation

¹ Bei der Vorbereitung von Anträgen lädt das federführende Amt die mitinteressierten Verwaltungseinheiten unter Ansetzung angemessener Fristen zur Stellungnahme ein. In begründeten Ausnahmefällen kann auf die Ämterkonsultation verzichtet oder kann diese auf einen engen Adressatenkreis beschränkt werden.

² Differenzen werden so weit wie möglich in der Ämterkonsultation bereinigt; das federführende Departement erstattet dem Bundesrat darüber Bericht.

³ Als mitinteressiert gelten die Verwaltungseinheiten, die einen fachlichen Bezug zum Geschäft haben oder die für die Beurteilung finanzieller, rechtlicher oder formeller Aspekte zuständig sind.

Art. 5 Mitberichtsverfahren

(Art. 15 und 33 RVOG)

¹ Das Mitberichtsverfahren dient der Entscheidvorbereitung auf Stufe Bundesrat. Ziel des Verfahrens ist es, dass sich der Bundesrat in den Verhandlungen auf grundsätzliche Aspekte konzentrieren kann.

² Das federführende Departement reicht der Bundeskanzlei den definitiven Antrag rechtzeitig zur Durchführung des Mitberichtsverfahrens ein.

1a. Kapitel:⁴ Informationsgesuche von Ratsmitgliedern und parlamentarischen Kommissionen

Art. 5a

¹ Über Gesuche von Ratsmitgliedern und von parlamentarischen Kommissionen um Informationen nach den Artikeln 7 beziehungsweise 150 des Parlamentsgesetzes vom 13. Dezember 2002⁵ entscheidet das zuständige Departement. Besteht zwischen der Gesuchstellerin oder dem Gesuchsteller und dem zuständigen Departement Uneinigkeit über den Umfang der Informationsrechte, so entscheidet der Bundesrat.

² Der Bundesrat entscheidet in jedem Fall:

- a. bei Informationen, die seiner unmittelbaren Entscheidungsfindung dienen, auf Antrag der Bundeskanzlei;
- b. bei Informationen aus dem Bereich des Staatsschutzes und der Nachrichtendienste auf Antrag des zuständigen Departementes.

³ Gesuche um Einsichtnahme in Beschlüsse des Bundesrates werden von der Bundeskanzlei im Einvernehmen mit dem zuständigen Departement bearbeitet und beantwortet.

2. Kapitel: Die Verwaltung

1. Abschnitt: Die Bundesverwaltung

Art. 6

Bestand

(Art. 2 Abs. 1–3 RVOG)

¹ Die Bundesverwaltung besteht aus folgenden Verwaltungseinheiten:

- a. den Departementen und der Bundeskanzlei;
- b. den Generalsekretariaten;
- c. den Gruppen;
- d. den Ämtern sowie deren weiteren Untergliederungen;
- e. den Behördenkommissionen (ohne die Rekurskommissionen nach den Artikeln 71a–71d des Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 20. Dezember 1968⁶ bzw. nach der Verordnung vom 3. Februar 1993⁷ über Organisation und Verfahren eidgenössischer Rekurs- und Schiedskommissionen) sowie anderen administrativ zugewiesenen Einheiten;
- f. den selbstständigen Anstalten und Betrieben.

⁴ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2003 (AS 2003 4117).

⁵ SR 171.10

⁶ SR 172.021

⁷ SR 173.31

² Diesen Einheiten gleichgestellt sind Einheiten mit anderen Bezeichnungen, aber gleichen Funktionen.

³ Die Verwaltungseinheiten nach Absatz 1 Buchstaben a–d bilden die zentrale Bundesverwaltung, diejenigen nach Absatz 1 Buchstaben e und f die dezentrale Bundesverwaltung.⁸

⁴ Die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung (ohne die weiteren Untergliederungen der Ämter) und die wichtigsten Einheiten der dezentralen Bundesverwaltung werden im Anhang aufgelistet.⁹

Art. 7 Die zentrale Bundesverwaltung

(Art. 2, 43 und 44 RVOG)

¹ Die Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung erfüllen die für die Wahrnehmung der Regierungsfunktionen notwendigen Aufgaben. Sie wahren die Kohärenz der Verwaltungstätigkeit und stellen deren Konstanz sicher. Sie sind gegenüber dem Departement weisungsgebunden und sind ihm untergeordnet.

² Die Ämter sind dem Departement direkt unterstellt. Sie können zu Gruppen zusammengefasst werden, wenn die Führbarkeit des Departements damit verbessert wird.

³ Für Einheiten, die mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt werden (FLAG-Einheiten), beschliesst der Bundesrat den mehrjährigen Leistungsauftrag nach Anhörung der zuständigen Kommissionen des Parlaments (Art. 33).

Art. 8 Die dezentrale Bundesverwaltung

¹ Die Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung sind der Bundeskanzlei oder dem Departement mit dem engsten Sachbezug zugeordnet.

² Die administrativ zugewiesenen Einheiten sind, was die Verwaltung der Ressourcen betrifft, in der Regel der zentralen Bundesverwaltung gleichgestellt; in der Erfüllung ihrer Aufgaben sind sie weisungsungebunden.

³ Die selbstständigen Anstalten und Betriebe verfügen in der Regel über eigene Rechtspersönlichkeit und eigene Organe und bilden einen eigenen Rechnungskreis.

2. Abschnitt: ...

Art. 9–10¹⁰

⁸ Ursprünglich Abs. 4.

⁹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS **2002** 2827).

¹⁰ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827).

3. Kapitel: Führung der Regierungs- und Verwaltungstätigkeit

1. Abschnitt: Grundsätze

Art. 11 Grundsätze der Verwaltungstätigkeit

(Art. 3 RVOG)

Die Bundesverwaltung handelt im Rahmen des Bundesrechts und der vom Bundesrat gesetzten Ziele und Prioritäten. Sie beachtet dabei insbesondere folgende Grundsätze:

- a. Sie erkennt neuen Handlungsbedarf frühzeitig und leitet daraus Ziele, Strategien und Massnahmen ab.
- b. Sie ordnet ihre Tätigkeiten entsprechend der Wichtigkeit und Dringlichkeit.
- c. Sie erbringt ihre Leistungen bürgernah, nachhaltig, wirksam und wirtschaftlich.

Art. 12 Grundsätze der Verwaltungsführung

(Art. 8, 35, 36 RVOG)

¹ Die Führungsverantwortlichen aller Stufen handeln nach folgenden Grundsätzen:

- a. Sie führen mittels Vereinbarung von Zielen und Wirkungen.
- b. Sie beurteilen die Leistungen ihrer Verwaltungseinheiten und ihrer Mitarbeitenden periodisch.
- c. Sie passen Prozesse und Organisation rechtzeitig neuen Bedürfnissen an.
- d. Sie nutzen ihre Handlungsspielräume und Entscheidungskompetenzen und gewähren diese auch ihren Mitarbeitenden.
- e. Sie fördern eine Kultur der Lern- und Veränderungsbereitschaft.
- f. Sie stellen eine ergebnisorientierte und interdisziplinäre Arbeitsweise sicher.

² Im Übrigen gelten insbesondere die Personalgesetzgebung und das personalpolitische Leitbild des Bundesrates.

Art. 13 Stufengerechte Zuordnung von Zuständigkeiten in der zentralen Bundesverwaltung

(Art. 47 Abs. 1 RVOG)

¹ Massgebend für die Zuordnung der Zuständigkeit zum Entscheid nach Artikel 47 Absatz 1 RVOG ist die Bedeutung eines Geschäftes.

² Die Zuordnung erfolgt in der Regel an die Einheit, bei der die erforderliche politische und fachliche Kompetenz konzentriert ist. Die Zuordnung an Einheiten unterhalb der Amtsstufe erfolgt nur in begründeten Ausnahmefällen.

³ Im Einzelfall wird ein Geschäft der vorgesetzten Einheit zum Entscheid oder zur Erteilung einer Weisung unterbreitet, wenn seine besondere Bedeutung oder Komplexität dies erfordert.

2. Abschnitt: Zusammenarbeit

Art. 14 Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten

- ¹ Die Verwaltungseinheiten sind zur Zusammenarbeit verpflichtet. Sie unterstützen und informieren sich gegenseitig.
- ² Sie koordinieren ihre Tätigkeiten und stimmen diese auf die Gesamtpolitik des Bundesrates ab.
- ³ Sie erteilen anderen Verwaltungseinheiten die Auskünfte, die für deren gesetzliche Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Art. 15 Mitwirkung mitinteressierter Verwaltungseinheiten

- ¹ Soweit nicht eine Ämterkonsultation vorgeschrieben ist, stellen die Verwaltungseinheiten zur Vorbereitung ihrer Entscheide die Mitwirkung aller mitinteressierten Einheiten sicher.
- ² Die Mitwirkung erfolgt in Form der Anhörung, wenn nicht eine entsprechende Rechtsgrundlage die Zustimmung vorsieht. Die Anhörung erfolgt grundsätzlich schriftlich.
- ³ Ist eine Zustimmung erforderlich, werden Differenzen von den beteiligten Einheiten selber bereinigt. Ausnahmsweise können diese eine Differenzbereinigung auf nächsthöherer Ebene verlangen.

Art. 16 Generalsekretärenkonferenz

(Art. 53 RVOG)

- ¹ Die Generalsekretärenkonferenz ist das oberste Koordinationsorgan. Sie trägt zu einer vorausschauenden, wirksamen und kohärenten Verwaltungstätigkeit bei. Sie zieht weitere Personen oder Stellen bei.
- ² Sie wirkt mit bei der Planung, Vorbereitung und beim Vollzug von Bundesratsgeschäften sowie bei der Bereinigung von Differenzen.

3. Abschnitt: Planung und Controlling

Art. 17 Planung

(Art. 6 Abs. 1, 25 Abs. 2 Bst. a, 32 Bst. a, 36 Abs. 1, 51, 52 RVOG)

- ¹ Der Bundesrat legt Schwergewichte, Ziele und Mittel der Planungen fest.
- ² Die Planungen des Bundesrates bestehen aus:
 - a. Gesamtplanungen, die alle Politikbereiche des Bundes umfassen; dazu gehören die Richtlinien der Regierungspolitik nach Artikel 18 und die Jahresziele des Bundesrates nach Artikel 19 als Sachplanungen sowie die Finanz-

planungen nach Finanzhaushaltsgesetz vom 6. Okt. 1989¹¹ und nach Finanzhaushaltsverordnung vom 11. Juni 1990¹²;

- b. Teilplanungen zu einzelnen Politikbereichen des Bundes oder zu Teilen davon;
- c. weiteren Planungen bei Bedarf.

³ Die Sach- und die Finanzplanungen werden zeitlich und inhaltlich so weit als möglich aufeinander abgestimmt. Die einzelnen Aufgabengebiete werden in Politikbereiche zusammengefasst.

⁴ Die Bundeskanzlei bereitet die Sachpläne nach Absatz 2 Buchstabe a vor. Die Eidgenössische Finanzverwaltung bereitet Budget und Finanzplan vor. Sie arbeiten dabei mit den Departementen zusammen.

⁵ Für die untergeordneten Verwaltungseinheiten sind die Pläne des Bundesrates und der Departemente verbindlich.

Art. 18 Richtlinien der Regierungspolitik (Art. 45^{bis} GVG¹³)

¹ Die Richtlinien der Regierungspolitik geben einen umfassenden politischen Orientierungsrahmen für die Regierungstätigkeit in einer Legislaturperiode.

² Sie ziehen Bilanz über die vergangene Legislaturperiode.

³ Sie legen die Ziele und Wirkungen sowie die prioritären Massnahmen fest und bezeichnen die Bereiche, wo das staatliche Leistungsangebot überprüft werden muss oder abgebaut werden kann.

Art. 19 Jahresziele des Bundesrates (Art. 51 RVOG)

¹ Die Jahresziele des Bundesrates umschreiben die Grundzüge der Regierungstätigkeit für das nächste Jahr, bestimmen Ziele und Massnahmen und bezeichnen die zuhanden der eidgenössischen Räte zu verabschiedenden Geschäfte.

² Die Jahresziele bilden eine Grundlage für die Geschäftsplanung des Bundesrates nach Artikel 2, für das Controlling nach Artikel 21, für die Aufsicht nach Abschnitt 5 sowie für die jährliche Geschäftsberichterstattung nach Artikel 45 des Geschäftsverkehrsgesetzes vom 23. März 1962¹⁴ (GVG).

¹¹ SR **611.0**

¹² SR **611.01**

¹³ [AS 1962 811, 1966 1375, 1970 1249, 1972 245 1514, 1974 1051 Ziff. II 1, 1978 688 Art. 88 Ziff. 2, 1979 114 Art. 66 679 1318, 1984 768, 1985 452, 1986 1712, 1987 600 Art. 16 Ziff. 3, 1989 257 260, 1990 1530 1642, 1991 857 Anhang Ziff. 1, 1992 641 2344, 1994 360 2147, 1995 4840, 1996 1725 Anhang Ziff. I 2868, 1997 753 Ziff. II 760 Art. 1 2022 Anhang Ziff. 4, 1998 646 1418 2847 Anhang Ziff. 8, 1999 468, 2000 273 2093, 2001 114 Ziff. I 1, 2002 3371 Anhang Ziff. 1, 2003 2119. AS 2003 3543 Anhang Ziff. I 3]. Siehe heute das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).

¹⁴ Siehe heute das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).

Art. 20 Jahresziele der Departemente und der Bundeskanzlei

(Art. 51 RVOG)

¹ Die Departemente und die Bundeskanzlei stimmen ihre Jahresziele auf die Planungen des Bundesrates ab und unterbreiten sie dem Bundesrat zur Kenntnisnahme.

² Sie erstatten im Rahmen der jährlichen Geschäftsberichterstattung des Bundesrates nach Artikel 45 GVG¹⁵ Bericht über ihre Tätigkeit.

Art. 21 Controlling

¹ Das Controlling ist ein Führungsinstrument zur prozessbegleitenden Steuerung der Zielerreichung auf allen Stufen.

² Der Bundesrat wird bei seinem Controlling durch die Bundeskanzlei und das Eidgenössische Finanzdepartement unterstützt. Diese arbeiten dabei mit den Departementen zusammen.

³ Die Departemente sind für das Controlling in ihrem Bereich zuständig. Sie stimmen ihr Controlling auf das Controlling des Bundesrates ab.

Art. 22 Nachweis der Verwaltungstätigkeit

¹ Die Verwaltungseinheiten führen den Nachweis über die eigene Geschäftstätigkeit auf Grund einer systematischen Aktenführung. Sie treffen die organisatorischen, administrativen und technischen Massnahmen, die für eine ordnungsgemässe Bildung und Führung der Akten erforderlich sind.

² Das Bundesarchiv koordiniert und kontrolliert die Aktenführung und unterstützt die Verwaltungseinheiten.

³ Das Bundesamt für Informatik koordiniert und unterstützt den Einsatz von Informatikmitteln für die Aktenführung, insbesondere auf dem Gebiet der Büroautomation.

⁴ Im Übrigen gilt die Bundesgesetzgebung über die Archivierung.

4. Abschnitt: Information und Kommunikation(Art. 10, 10a, 11, 34, 40 und 54 RVOG)¹⁶**Art. 23**

¹ Die Bundeskanzlei ist, in Zusammenarbeit mit den Departementen, zuständig für die Information der Bundesversammlung, der Kantone und der Öffentlichkeit über Entscheide, Absichten und Vorkehren des Bundesrates. Sie sorgt für die nötige Planung und erarbeitet die Grundsätze für die Kommunikationspolitik des Bundesrates.

¹⁵ Siehe heute das Parlamentsgesetz vom 13. Dez. 2002 (SR 171.10).

¹⁶ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

² Die Departemente und die Bundeskanzlei tragen die Verantwortung für die interne und externe Information und Kommunikation über ihre Geschäfte. Sie stellen diese in den Gesamtzusammenhang der Kommunikationspolitik des Bundesrates. Sie regeln die Informationsaufgaben der ihnen untergeordneten Einheiten.

³ Die Bundeskanzlei ist, in Zusammenarbeit mit der Konferenz der Informationsdienste, für die Koordination der Information und Kommunikation zuständig und kann zu diesem Zweck Weisungen erlassen.

⁴ Bei Bedarf kann der Bundesrat die Information und Kommunikation bei der Bundespräsidentin oder dem Bundespräsidenten, bei der Bundeskanzlei, einem Departement oder einer anderen bezeichneten Stelle zentralisieren. Die bezeichnete Stelle erhält entsprechende Weisungsbefugnisse.

5. Abschnitt: Aufsicht

Art. 24 Aufsicht über die Verwaltung (Art. 8 Abs. 3 und 4, 36 Abs. 3 RVOG)

¹ Mit der Aufsicht stellen der Bundesrat, die Departemente und die Bundeskanzlei die Erfüllung der verfassungsmässigen und gesetzlichen Aufgaben sicher.

² Die Aufsicht über die zentrale Bundesverwaltung ist umfassend. Sie richtet sich nach den in den Artikeln 11 und 12 aufgeführten Grundsätzen.

³ Die Aufsicht über die dezentrale Bundesverwaltung sowie über die Organisationen und Personen gemäss Artikel 2 Absatz 4 RVOG wird in Gegenstand, Umfang und Grundsätzen durch die Spezialgesetzgebung geregelt und richtet sich nach dem jeweiligen Grad der Autonomie.

Art. 25 Kontrolle (Art. 8 Abs. 3 und 4 RVOG)

¹ Die Kontrolle, als Instrument der Aufsicht, dient:

- a. der vertieften Abklärung von besonderen Fragestellungen, die sich aus aktuellen Ereignissen oder festgestellten Missständen ergeben;
- b. der periodischen Überprüfung besonderer Fachbereiche.

² Mit Kontrollen sind in der Regel besondere Stellen befasst, die von der kontrollierten Verwaltungseinheit unabhängig sind.

Art. 26¹⁷ Kontrolle durch den Bundesrat
(Art. 8 Abs. 3 und 4, 25 Abs. 2 Bst. c und d, 32 Bst. e RVOG)

Der Bundesrat und die Bundespräsidentin oder der Bundespräsident werden bei der Ausübung der gesetzlichen Kontrollaufgaben von der Bundeskanzlei unterstützt. Für weitergehende departementsübergreifende Abklärungen können Projektorganisationen nach Artikel 56 RVOG oder eine externe Beratung nach Artikel 57 RVOG eingesetzt werden.

Art. 27¹⁸ Überprüfung von Bundesaufgaben
(Art. 5 RVOG)

¹ Die Verwaltungseinheiten überprüfen ihre Aufgaben, Leistungen, Prozesse und Organisation periodisch und systematisch auf ihre Notwendigkeit und auf Übereinstimmung mit den Grundsätzen von Artikel 11 und 12; sie veranlassen die entsprechenden Anpassungs- und Verzichtsmassnahmen.

² Die Generalsekretärenkonferenz wirkt koordinierend mit.

4. Kapitel: Schlussbestimmungen

1. Abschnitt: Weitere Ausführungsbestimmungen

Art. 28 Organisationsverordnungen des Bundesrates für die Departemente und die Bundeskanzlei
(Art. 31 Abs. 3, 43 und 47 RVOG)

Der Bundesrat erlässt für jedes Departement und für die Bundeskanzlei je eine Organisationsverordnung. Darin werden insbesondere geregelt:

- a. die Ziele, Grundsätze und Zuständigkeiten der Departemente bzw. der Bundeskanzlei;
- b. die Ziele, Aufgaben und Zuständigkeiten der Gruppen und Ämter;
- c. die Zuordnung der Einheiten der dezentralen Verwaltung und, sofern nicht anderweitig geregelt, deren Ziele, Aufgaben und Zuständigkeiten.

Art. 29 Geschäftsordnungen der Departemente und der Bundeskanzlei
(Art. 37 und 43 Abs. 4 RVOG)

¹ Die Departemente und die Bundeskanzlei erlassen für sich Geschäftsordnungen. Darin können insbesondere geregelt werden:

- a. die Grundzüge der Führungsprozesse im Departement bzw. in der Bundeskanzlei;

¹⁷ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

¹⁸ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS 2002 2827).

- b. die organisatorischen Grundzüge des Departementes bzw. der Bundeskanzlei, sofern sie nicht durch andere Vorschriften geregelt sind;
- c. die Delegation von Unterschriften;
- d.¹⁹ der Beizug von externen Beraterinnen und Beratern durch Gruppen und Ämter.

² Für departementsübergreifende Aufgaben können die zuständigen Departemente bzw. die Bundeskanzlei eine gemeinsame Geschäftsordnung erlassen.

³ Die Geschäftsordnungen sind öffentlich zugänglich, werden aber nicht in der Amtlichen Sammlung des Bundesrechts publiziert.

Art. 30 Weisungen und Arbeitshilfen

¹ Der Bundesrat bzw. die Generalsekretärenkonferenz, die Departemente oder die Bundeskanzlei sorgen mit Weisungen und Arbeitshilfen für den guten Gang der Verwaltung.

² Die Weisungen und Arbeitshilfen regeln insbesondere:

- a. die Vorbereitung von Bundesratsgeschäften;
- b. ...²⁰
- c. die Gestaltung von Botschaften und Berichten des Bundesrates an die eidgenössischen Räte;
- d. die Ausarbeitung und Gestaltung von Erlassen des Bundes;
- e. die Grundsätze für eine stufengerechte Zuordnung von Zuständigkeiten;
- f. das Vorverfahren der Gesetzgebung, soweit es nicht in der Verordnung vom 17. Juni 1991²¹ über das Vernehmlassungsverfahren geregelt ist;
- g. den Ressourceneinsatz insbesondere in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Logistik;
- h. die Zusammensetzung und Wahl, die Aufträge, das Verfahren und den Geschäftsverkehr von Stabs-, Planungs- und Koordinationsorganen;
- i. die Pflege der internationalen Beziehungen der Bundesverwaltung;
- j. die kommerzielle Nebentätigkeit von Verwaltungseinheiten;
- k. die Aktenführungspflicht;
- l. Ermächtigungen der Bundespräsidentin oder des Bundespräsidenten in Anwendung von Artikel 26 Absatz 4 RVOG;
- m. die Koordination der Information und Kommunikation.

¹⁹ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002, in Kraft seit 1. Okt. 2002 (AS **2002** 2827).

²⁰ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827).

²¹ SR **172.062**

2. Abschnitt:

Bewilligungen zur Vornahme von Handlungen für einen fremden Staat und für internationale Gerichte²²

Art. 31

¹ Die Departemente und die Bundeskanzlei entscheiden in ihrem Bereich über Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches²³ zur Vornahme von Handlungen für einen fremden Staat.

^{1bis} Ermächtigungen nach Artikel 22 des Bundesbeschlusses vom 21. Dezember 1995²⁴ über die Zusammenarbeit mit den internationalen Gerichten zur Verfolgung von schwer wiegenden Verletzungen des humanitären Völkerrechts erteilt das Bundesamt für Justiz.²⁵

² Fälle von politischer oder anderer grundsätzlicher Bedeutung sind dem Bundesrat zu unterbreiten.

³ Die Entscheide sind der Bundesanwaltschaft und den mitinteressierten Departementen zuzustellen.²⁶

3. Abschnitt:...

Art. 32²⁷

4. Abschnitt:

Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG)

(Art. 44 RVOG)

Art. 33

¹ Für FLAG-Einheiten nach Artikel 7 Absatz 3 gelten folgende minimale Rahmenbedingungen:

- a. Gestützt auf den Leistungsauftrag des Bundesrates schliessen die Departemente mit jeder FLAG-Einheit eine jährliche Leistungsvereinbarung ab. Wird nur ein Teil eines Amtes nach FLAG-Prinzipien geführt, kann das Departement den Abschluss der Leistungsvereinbarung dem Amt delegieren;

²² Fassung gemäss Anhang Ziff. 2 der V vom 19. Dez. 2003, in Kraft seit 1. Febr. 2004 (AS **2004** 433).

²³ SR **311.0**

²⁴ SR **351.20**

²⁵ Eingefügt durch Anhang Ziff. 2 der V vom 19. Dez. 2003, in Kraft seit 1. Febr. 2004 (AS **2004** 433).

²⁶ Fassung gemäss Anhang Ziff. 2 der V vom 19. Dez. 2003, in Kraft seit 1. Febr. 2004 (AS **2004** 433).

²⁷ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827).

die Zustimmung des Departements zur Leistungsvereinbarung ist dabei vorbehalten.

- b. Die FLAG-Einheiten erstatten jährlich Bericht.
- c. Die FLAG-Einheiten führen eine Kosten- und Leistungsrechnung, definieren Produkte und Produktgruppen sowie Leistungsindikatoren.

² Der Bundesrat bestimmt im Leistungsauftrag, ob die Leistungen zu Gunsten anderer Verwaltungseinheiten pro forma oder effektiv in Rechnung gestellt werden.

³ FLAG-Einheiten können untereinander und mit anderen Verwaltungseinheiten besondere Vereinbarungen abschliessen. Streitigkeiten aus diesen Vereinbarungen werden von dem in der Sachfrage federführenden Departement nach Anhörung der andern betroffenen Departemente entschieden. Die Beschlussfassung durch den Bundesrat bleibt vorbehalten.

⁴ Diese Bestimmungen werden spätestens auf Grund des Evaluationsberichtes nach Artikel 65 RVOG überprüft.

5. Abschnitt: Aufhebung bisherigen Rechts

Art. 34

Der Bundesratsbeschluss vom 7. Juli 1971²⁸ über die Ermächtigung der Departemente und der Bundeskanzlei zum selbstständigen Entscheid über die Bewilligungen nach Artikel 271 Ziffer 1 des Schweizerischen Strafgesetzbuches wird aufgehoben.

6. Abschnitt: Inkrafttreten

Art. 35

¹ Diese Verordnung tritt unter Vorbehalt von Absatz 2 am 1. Januar 1999 in Kraft.

² Die Artikel 26 und 27 treten gleichzeitig mit der Organisationsverordnung für die Bundeskanzlei vom 5. Mai 1999²⁹ in Kraft.

²⁸ [AS 1971 1053]

²⁹ SR 172.210.10. Diese V trat am 1. Juni 1999 in Kraft.

*Anhang*³⁰
(Art. 6 Abs. 3)

Liste der Verwaltungseinheiten der Bundesverwaltung

Die Bundesverwaltung besteht aus folgenden Verwaltungseinheiten:

A. Die Bundeskanzlei

Chancellerie fédérale
Cancelleria federale
Chanzlia federala

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Keine

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Eidgenössischer Datenschutzbeauftragter
Préposé fédéral à la protection des données
Incaricato federale della protezione dei dati
Incumbensà federal per la protecziun da datas

³⁰ Bereinigt gemäss Art. 17 Abs. 4 der Organisationsverordnung für das EVD vom 14. Juni 1999 (SR **172.216.1**), Anhang Ziff. 2 der Organisationsverordnung vom 6. Dez. 1999 für das UVEK (SR **172.217.1**), Anhang Ziff. II 5 der Organisationsverordnung EJPD vom 17. Nov. 1999 (SR **172.213.1**), Art. 19 der V vom 23. Febr. 2000 über die Meteorologie und Klimatologie (SR **429.11**), Ziff. II der V vom 28. Juni 2000 (AS **2000** 1849), Art. 19 Ziff. 3 der Organisationsverordnung für das EDI vom 28. Juni 2000 (SR **172.212.1**), Art. 13 der V über die Pflege des schweizerischen Erscheinungsbildes im Ausland vom 25. Okt. 2000 (SR **194.11**), Ziff. II der V vom 4. Dez. 2000 (AS **2001** 265), Art. 33 Ziff. 1 der Organisationsverordnung für das EFD vom 11. Dez. 2000 (SR **172.215.1**), Art. 13 Ziff. 1 der Organisationsverordnung für das Schweizerische Heilmittelinstitut vom 28. Sept. 2001 (SR **812.216**), Ziff. II der V vom 10. April 2002 (AS **2002** 1155), vom 21. Aug. 2002 (AS **2002** 2827), Ziff. II 1 der V vom 25. Juni 2003 (AS **2003** 2122), Anhang der Organisationsverordnung für das VBS vom 7. März 2003 (SR **172.214.1**), Art. 2 der V vom 19. Dez. 2003 (AS **2004** 301) und Anhang Ziff. 1 der Verordnung ETH-Bereich vom 19. Nov. 2003, in Kraft seit 1. Jan. 2004 (SR **414.110.3**).

B. Die Departemente**Départements****Dipartimenti****Departaments****Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten****Département fédéral des affaires étrangères****Dipartimento federale degli affari esteri****Departament federal dals affars exteriurs***1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Staatssekretariat

Secrétariat d'Etat

Segreteria di Stato

Secretariat da stadi

Politische Direktion

Direction politique

Direzione politica

Direzziun politica

Direktion für Völkerrecht

Direction du droit international public

Direzione del diritto internazionale pubblico

Direzziun per dretg internaziunal public

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit

Direction du développement et de la coopération

Direzione dello sviluppo e della cooperazione

Direzziun per svilpu e cooperaziun

Direktion für Ressourcen und Aussennetz

Direction des ressources et du réseau extérieur

Direzione delle risorse et della rete esterna

Direzziun per resursas e rait exteriura

2. Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:

Darunter fällt insbesondere:

Präsenz Schweiz

Présence Suisse

Presenza Svizzera

Preschientscha Svizra

Eidgenössisches Departement des Innern
Département fédéral de l'intérieur
Dipartimento federale dell'interno
Departament federal da l'intern

1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:

Generalsekretariat
 Secrétariat général
 Segreteria generale
 Secretariat general

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann
 Bureau fédéral de l'égalité entre femmes et hommes
 Ufficio federale per l'uguaglianza fra donna e uomo
 Uffizi federal per l'egualitad tranter dunna ed um

Bundesamt für Kultur
 Office fédéral de la culture
 Ufficio federale della cultura
 Uffizi federal da cultura

Schweizerisches Bundesarchiv
 Archives fédérales
 Archivio federale
 Archiv federal

Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz)
 Office fédéral de météorologie et de climatologie (MétéoSuisse)
 Ufficio federale di meteorologia e climatologia (MeteoSvizzera)
 Uffizi federal per meteorologia e climatologia (MeteoSvizra)

Bundesamt für Gesundheit
 Office fédéral de la santé publique
 Ufficio federale della sanità pubblica
 Uffizi federal da sanitad

Bundesamt für Statistik
 Office fédéral de la statistique
 Ufficio federale di statistica
 Uffizi federal da statistica

Bundesamt für Sozialversicherung
 Office fédéral des assurances sociales
 Ufficio federale delle assicurazioni sociali
 Uffizi federal d'assicuranzas socialas

Bundesamt für Militärversicherung
 Office fédéral de l'assurance militaire
 Ufficio federale dell'assicurazione militare
 Uffizi federal d'assicuranza militara

Gruppe für Wissenschaft und Forschung
Groupement de la science et de la recherche
Aggruppamento per la scienza e la ricerca
Gruppa per scienza e perscrutaziun

Bundesamt für Bildung und Wissenschaft
Office fédéral de l'éducation et de la science
Ufficio federale dell'educazione e della scienza
Uffizi federal per furmaziun e scienza

Staatssekretariat
Secrétariat d'Etat
Segreteria di Stato
Secretariat da stadi

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
Domaine des écoles polytechniques fédérales
Settore dei politecnici federali
Sector da las scolas politecnicas federalas

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETHZ)
Ecole polytechnique fédérale de Zürich
Politecnico federalie di Zurigo
Scola politecnica federala da Turitg

Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (ETHL)
Ecole polytechnique fédérale de Lausanne
Politecnico federale di Losanna
Scola politecnica federala da Losanna

Paul-Scherrer-Institut (PSI)
Institut Paul Scherrer
Istituto Paul Scherrer
Institut Paul Scherrer

Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL)
Institut fédéral de recherches sur la forêt, la neige et le paysage
Istituto federale di ricerca per la foresta, la neve e il paesaggio
Institut federal per la perscrutaziun da gnaud, naiv e cuntrada

Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (EMPA)
Laboratoire fédéral d'essai des matériaux et de recherches
Laboratorio federale di prova dei materiali e di ricerca
Institut federal da controlla da material e da perscrutaziun

Eidgenössische Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EAWAG)

Institut fédéral pour l'aménagement, l'épuration et la protection des eaux
Istituto federale per l'approvvigionamento, la depurazione e la protezione
delle acque

Institut federal per provediment, serenaziun e protecziun da las auas

Swissmedic, Schweizerisches Heilmittelinstitut

Swissmedic, Institut suisse des produits thérapeutiques

Swissmedic, Istituto svizzero per gli agenti terapeutici

Swissmedic, Institut svizzer per products therapeutics

Swissmedic, Swiss Agency for Therapeutic Products

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Département fédéral de justice et police
Dipartimento federale di giustizia e polizia
Department federal da giustia e polizia

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat
Secrétariat général
Segreteria generale
Secretariat general

Bundesamt für Justiz
Office fédéral de la justice
Ufficio federale di giustizia
Uffizi federal da giustia

Bundesamt für Polizei
Office fédéral de la police
Ufficio federale di polizia
Uffizi federal da polizia

Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung
Office fédéral de l'immigration, de l'intégration et de l'émigration
Ufficio federale dell'immigrazione, dell'integrazione e dell'emigrazione
Uffizi federal d'immigraziun, d'integraziun e d'emigraziun³¹

Bundesamt für Metrologie und Akkreditierung
Office fédéral de métrologie et d'accréditation
Ufficio federale di metrologia e di accreditamento
Uffizi federal da metrologia e d'accreditaziun

Bundesamt für Flüchtlinge
Office fédéral des réfugiés
Ufficio federale dei rifugiati
Uffizi federal per fugitivs

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Bundesanwaltschaft
Ministère public de la Confédération
Ministero pubblico della Confederazione
Procura publica federala

Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Institut suisse de droit comparé
Istituto svizzero di diritto comparato
Institut svizzer da dretg cumparativ

³¹ Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde gemäss Art. 4a der Publikationsverordnung vom 15. Juni 1998 (SR 170.512.1) angepasst.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum
Institut Fédéral de la Propriété Intellectuelle
Istituto Federale della Proprietà Intellettuale
Institut Federal da Proprietad Intellectuala

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
Département fédéral de la défense, de la protection de la population
et des sports**Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione**
e dello sport**Departament federal da defensiuin, protecziun da la populaziun e sport***1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Direktion für Sicherheitspolitik³²

Direction de la politique de sécurité

Direzione della politica di sicurezza

Direcziun da la politica da sicurezza

Direktion für Strategischen Nachrichtendienst³³

Direction du Renseignement stratégique

Direzione del Servizio informazioni strategico

Direcziun dal servetsch d'infurmaziuns strategic

Oberauditorat

Office de l'auditeur en chef

Ufficio dell'uditore in capo

Auditorat superiur

Gruppe Verteidigung

Groupement Défense

Aggruppamento Difesa

Gruppa da defensiuin

Planungsstab der Armee

Etat-major de planification de l'armée

Stato maggiore di pianificazione dell'esercito

Stab da planisaziun da l'armada

Führungsstab der Armee

Etat-major de conduite de l'armée

Stato maggiore di condotta dell'esercito

Stab directiv da l'armada

Höhere Kaderausbildung der Armee

Instruction supérieure des cadres de l'armée

Istruzione superiore dei quadri dell'esercito

Instrucziun superiura dal cader da l'armada

³² Stabsstelle³³ Stabsstelle

Heer
 Forces terrestres
 Forze terrestri
 Truppas terrestras
 Luftwaffe
 Forces aériennes
 Forze aeree
 Aviatica militara
 Logistikbasis der Armee
 Base logistique de l'armée
 Base logistica dell'esercito
 Basa da logistica da l'armada

Gruppe armasuisse
 Groupement armasuisse
 Aggruppamento armasuisse
 Gruppa armasuisse

Bundesamt für Führungs-, Telematik- und Ausbildungssysteme
 Office fédéral des systèmes de conduite, télématiques et d'instruction
 Ufficio federale dei sistemi di condotta, telematici e d'istruzione
 Uffizi federal per systems da cumond, da telematica e d'instrucziun

Bundesamt für Waffensysteme, Fahrzeuge und Material
 Office fédéral des systèmes d'armes, des véhicules et du matériel
 Ufficio federale dei sistemi d'arma, dei veicoli e del materiale
 Uffizi federal per systems d'armas, vehichels e material

Bundesamt für Landestopografie (swisstopo)
 Office fédéral de topographie (swisstopo)
 Ufficio federale di topografia (swisstopo)
 Uffizi federal da topografia (swisstopo)

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
 Office fédéral de la protection de la population
 Ufficio federale della protezione della popolazione
 Uffizi federal da protecziun da la populaziun

Bundesamt für Sport
 Office fédéral du sport
 Ufficio federale dello sport
 Uffizi federal da sport

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Keine

Eidgenössisches Finanzdepartement
Département fédéral des finances
Dipartimento federale delle finanze
Department federal da finanzas

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat
Secrétariat général
Segreteria generale
Secretariat general

Eidgenössische Finanzverwaltung
Administration fédérale des finances
Amministrazione federale delle finanze
Administraziun federala da finanzas

Eidgenössisches Personalamt
Office fédéral du personnel
Ufficio federale del personale
Uffizi federal dal persunal

Eidgenössische Steuerverwaltung
Administration fédérale des contributions
Amministrazione federale delle contribuzioni
Administraziun federala da taglia

Eidgenössische Zollverwaltung
Administration fédérale des douanes
Amministrazione federale delle dogane
Administraziun federala da duana

Bundesamt für Informatik und Telekommunikation
Office fédéral de l'informatique et de la télécommunication
Ufficio federale dell'informatica e della telecomunicazione
Uffizi federal da l'informatica e dalla telecomunicaziun

Bundesamt für Bauten und Logistik
Office fédéral des constructions et de la logistique
Ufficio federale delle costruzioni e della logistica
Uffizi federal per edifizis e logistica

Bundesamt für Privatversicherungen
Office fédéral des assurances privées
Ufficio federale delle assicurazioni private
Uffizi federal d'assicuranzas privatas

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Régie fédérale des alcools

Regia federale degli alcool

Administraziun federala d'alcohol

Eidgenössische Finanzkontrolle

Contrôle fédéral des finances

Controllo federale delle finanze

Controlla federala da finanzas

Eidgenössische Bankenkommission

Commission fédérale des banques

Commissione federale delle banche

Cumissiun federala da bancas

Pensionskasse des Bundes PUBLICA

Caisse fédérale de pensions PUBLICA

Cassa pensioni della Confederazione PUBLICA

Cassa federala da pensium PUBLICA

Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement
Département fédéral de l'économie
Dipartimento federale dell'economia
Department federal d'economia

1. *Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Preisüberwachung

Surveillance des prix

Sorveglianza dei prezzi

Surveglianza da pretschs

Staatssekretariat für Wirtschaft

Secrétariat d'Etat à l'économie

Segretariato di Stato dell'economia

Secretariat da stadi per l'economia

Bundesamt für Berufsbildung und Technologie

Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie

Ufficio federale della formazione professionale e della tecnologia

Uffizi federal per la furmaziun professiunala e per la tecnologia

Bundesamt für Landwirtschaft

Office fédéral de l'agriculture

Ufficio federale dell'agricoltura

Uffizi federal d'agricoltura

Bundesamt für Veterinärwesen

Office vétérinaire fédéral

Ufficio federale di veterinaria

Uffizi federal per veterinaria

Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung

Office fédéral pour l'approvisionnement économique du pays

Ufficio federale per l'approvvigionamento economico del Paese

Uffizi federal per il provediment economic dal pajais

Bundesamt für Wohnungswesen

Office fédéral du logement

Ufficio federale delle abitazioni

Uffizi federal d'abitaziuns

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fällt insbesondere:

Wettbewerbskommission

Commission de la concurrence

Commissione della concorrenza

Cummissiun da concorrenza

**Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie
und Kommunikation****Département fédéral de l'environnement, des transports, de l'énergie
et de la communication****Dipartimento federale dell'ambiente, dei trasporti, dell'energia
e delle comunicazioni****Departament federal per ambient, traffic, energia e comunicaziun***1. Verwaltungseinheiten der zentralen Bundesverwaltung:*

Generalsekretariat

Secrétariat général

Segreteria generale

Secretariat general

Bundesamt für Verkehr

Office fédéral des transports

Ufficio federale dei trasporti

Uffizi federal da traffic

Bundesamt für Zivilluftfahrt

Office fédéral de l'aviation civile

Ufficio federale dell'aviazione civile

Uffizi federal d'aviatica civila

Bundesamt für Wasser und Geologie

Office fédéral des eaux et de la géologie

Ufficio federale delle acque e della geologia

Uffizi federal per aua e geologia

Bundesamt für Energie

Office fédéral de l'énergie

Ufficio federale dell'energia

Uffizi federal d'energia

Bundesamt für Strassen

Office fédéral des routes

Ufficio federale delle strade

Uffizi federal da vias

Bundesamt für Kommunikation

Office fédéral de la communication

Ufficio federale delle comunicazioni

Uffizi federal da comunicaziun

Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft

Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage

Ufficio federale dell'ambiente, delle foreste e del paesaggio

Uffizi federal d'ambient, guaud e cuntrada

Bundesamt für Raumentwicklung
 Office fédéral du développement territorial
 Ufficio federale dello sviluppo territoriale
 Uffizi federal da svilup dal territori

2. *Verwaltungseinheiten der dezentralen Bundesverwaltung:*

Darunter fallen insbesondere:

Büro für Flugunfalluntersuchungen und
 Büro für Eisenbahnunfalluntersuchungen
 Bureau d'enquête sur les accidents d'aviation et
 Bureau d'enquête sur les accidents ferroviaires
 Ufficio d'inchiesta sugli infortuni aeronautici e
 Ufficio d'inchiesta sugli infortuni ferroviari
 Biro per examinar accidents d'aviun e biro per examinar accidents da viafier

Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen
 Autorité indépendante d'examen des plaintes en matière de radio-télévision
 Autorità indipendente di ricorso in materia radiotelevisiva
 Autoridad independenta da recurs en dumondas da radio e televisiun

Eidgenössische Flugunfallkommission
 Commission fédérale sur les accidents d'aviun
 Commissione federale sugli infortuni aeronautici
 Cumissiun federala davart accidents d'aviun

Eidgenössische Kommunikationskommission
 Commission fédérale de la communication
 Commissione federale delle comunicazioni
 Cumissiun federala da comunicaziun

Schiedskommission im Eisenbahnverkehr
 Commission d'arbitrage dans le domaine des chemins de fer
 Commissione d'arbitrato in materia ferroviaria
 Cumissiun da cumpromiss per il traffic da viafier

Dienst für die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs
 Service chargé de la surveillance de la correspondance par poste et
 télécommunication
 Servizio di sorveglianza della corrispondenza postale e del traffico delle
 telecomunicazioni
 Servetsch da surveglianza de la corrispondenza per posta e telecomunicaziun